

Bezugspreis:
Mietpreis 30.- M. monatl. 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postbezug: Monatlich 10.- M. einzahl.

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komparatabelle
kostet 1.50 M. „kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.50 M. (zu-

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 28. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die Berliner Notverwaltung.

Beginn der Beratungen.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages trat heute zu einer Sitzung zusammen, um über den Regierungs-

entwurf einer Verordnung zur Sicherung einer geordneten Ver-

waltung in der Stadtgemeinde Berlin zu beraten. Die preussische

Regierung war durch den Staatssekretär Göhre vertreten. Der

Minister des Innern, Dominicus, war nicht anwesend.

Beim Artikel I entwickelte sich eine umfangreiche allgemeine

Aussprache. Nach der Vorlage sind Mitglieder der bisherigen

Stadtverordnetenversammlung und der bisherigen

Bezirksversammlungen verpflichtet, die diesen Körperschaften

gesetzlich obliegenden regelmäßigen Geschäfte und notwen-

digen Geschäfte anderer Art, die keinen Ausschub dulden, als ein-

stweilige Stadtverordnetenversammlung und als einstweilige

Bezirksversammlungen fortzuführen, bis

die neugewählten Versammlungen

in Tätigkeit treten, längstens aber bis zum 15. Oktober 1921. Ihre

Aufgabe ist die Erledigung der der Stadtverordnetenversammlung

und den Bezirksversammlungen gesetzlich obliegenden regelmäßigen

Geschäfte und derjenigen notwendigen Geschäfte anderer Art, die

keinen Ausschub gestatten. Die einstweilige Stadtverordneten-

versammlung und einstweilige Bezirksversammlung bestehen aus den

Mitgliedern der bisherigen Stadtverordnetenversammlung und den

bisherigen Bezirksversammlungen, die diesen Körperschaften bis zur

rechtskräftigen Ungültigkeitserklärung angehört haben.

Weiter fordert der Antrag, daß die Neuwahlen der Stadtver-

ordneten und der Bezirksverordneten am 9. Oktober 1921 stattfinden

sollen.

Ubg. Dr. v. Kries (Dnat. Sp.) unterstützte den Antrag Richter.

Die Regierungsvertreter erklärten sich gegen den Antrag der

Konflikt im Thüringischen Landtag.

Weimar, 28. Juli. In der heutigen Sitzung des Thüringer

Landtages erklärte nach Ablehnung des Grundsteuerge-

setzes durch die Rechtspartei und die Kommunisten

der Staatsminister Dr. Paulsen: Die Staatsregierung sei ge-

zwungen, zurückzutreten. Hierauf stellten die Unabhängigen

den Antrag auf Auflösung des Landtages. Der Antrag wird

am Sonnabend behandelt werden.

Der Kernpunkt des Streites.

Paris, 28. Juli. (W.T.B.) Heute nachmittag teilte der Sach-

verständigenausschuss, dessen Aufgabe darin besteht, Vor-

Erneuerung des Dreizonen-Vorschlags.

London, 28. Juli. (W.T.B.) Das britische Mitglied des Bot-

schafterates ist „Daily News“ zufolge angewiesen worden, den

seinerzeit von England und Italien gemachten Vorschlag über Zu-

weisung der unsicheren deutschen bzw. polnischen Teile Oberschlesiens

an Deutschland bzw. Polen dringend zu erneuern.

Paris, 28. Juli. (G.G.) „Chicago Tribune“ meldet: Das

Weitere Getreidekredite für Deutschland.

Berlin, 28. Juli. (W.T.B.) Ueber den Abschluß eines Getreide-

finanzierungsvertrages mit einer Gruppe englischer

Banken über drei Millionen Pfund Sterling ist vor kurzem bereits

berichtet worden. — Obwohl der Bedarf an Auslandsgetreide

Die oberschlesische Konferenz.

Eine halbamtliche französische Erklärung tastet sich nun-

mehr an den Kernpunkt des englisch-französischen Streites

und damit an den Kern des oberschlesischen Problems über-

haupt heran. § 4 des Anhangs zu Art. 88 des Friedens-

vertrages besagt: „Das Abstimmungsresultat wird ge-

meinde weise, und zwar nach der Mehrheit in jeder

Gemeinde, festgestellt.“ Aus dieser wahltechnischen Be-

stimmung wollen die französischen Sachverständigen die For-

derung ziehen, daß die „Austeilung“ Oberschlesiens nun auch

gemeinde weise zu geschehen habe, ein absurdes Verlangen, das

gänzlich undurchführbar ist, und das von England und Italien

von vornherein abgelehnt wurde. Dieser alte Streit wird also

jetzt aufgerollt und die Verhandlungsprotokolle

von Versailles, die, wie wir aus Veröffentlichungen

wissen, nicht gerade ein Ruhmesblatt in der Geschichte der alli-

ierten und assoziierten Staatsmänner bilden, sollen als Zeu-

gen angerufen werden. Man kann sich also auf einen langwie-

rigen und harten Kampf gefaßt machen. Es ist ein geschickter

Schachzug der französischen Regierung, in dieser schwierigen

Frage die Entscheidung der Vereinigten Staaten

(Wilson stand bekanntlich seinerzeit auf französischer Seite) in

die Waagschale zu werfen. Die Antwort der amerikanischen

Regierung auf die diesbezügliche Aufforderung steht aller-

dings vorerst noch aus.

In der Frage der Truppenverstärkungen ist

man im übrigen noch immer nicht zu einer völligen Klarheit

gelangt, wie es nach einem offiziös englischen Bericht bereits

den Anschein hat. Neuerdings hat Frankreich dem englischen

Auswärtigen Amt mitteilen lassen, man halte es für unzmög-

lich, die Sitzung des Obersten Rates anzuberäumen, ehe diese

Frage geregelt sei. Man wies darauf hin, daß seinerzeit von

den Alliierten 50 000 Mann als Besatzung für Ober-

schlesien zugestanden worden seien, und daß England durch

seine Haltung die Alldeutschen ermutige. Ein Vorwurf, den

man in Anbetracht des Verhaltens der Franzosen den Polen

gegenüber an die französische Adresse zurückgeben kann. Von

England und Italien ist, wenn die „Chicago Tribune“ richtig

unterrichtet ist, eine Note an die deutsche Regierung

unterwegs, in der bestätigt wird, daß die Truppentransporte

eine alliierte und keine deutsche Angelegenheit seien. Damit

haben England und Italien der Haltung Deutschlands ihre

Zustimmung gegeben.

Frankreichs Verstärkungsdivision.

London, 27. Juli. (W.T.B.) Das Reutersche Bureau erfährt

aus französischer Quelle: Der französische Volschaffer hat Lord

Curzon mitgeteilt, daß die französische Regierung es für unmög-

lich halte, eine Sitzung des Obersten Rates einzuberufen, bevor die

Frage der Truppenverteilung nach Oberschlesien geregelt

sei. Lord Curzon nahm diese Erklärung zur Kenntnis, die dem

Kabinett vorgelegt werden wird.

Das Vertrauensvotum der Angst.

O. L. Rom, 25. Juli.

Das erste politische Votum des Kabinetts Bonomi

ist mit seinen 166 Stimmen Mehrheit viel günstiger ausge-

fallen, als es selbst die Freunde und Verehrer des neuen

Ministeriums zu hoffen gewagt; inzwischen hat sich allerdings

auch die innenpolitische Lage in einer Weise verschlechtert, wie

dies selbst die pessimistischsten Vorhersagen nicht fürchten

konnten. Zwischen beiden Erscheinungen besteht ein ursäch-

licher Zusammenhang: der Sturm im Lande hat dazu beige-

tragen, die Wogen in Montecitorio zu glätten.

In der Tat kann man, selbst wenn man ein sehr geringes

politisches Verantwortlichkeitsgefühl bei den bürgerlichen

Parteien voraussetzt, begreifen, daß alle Gefühle nach einer

neuen Krise, selbst in den arg enttäuschten Portefeuille-

aspiranten, zurückebben mußten gegenüber den wachsenden

Bewertungen der innerpolitischen Lage: eine Krise wäre ein

Schicksalsschlag für Italien gewesen, heute, wo es gilt, des

inneren Friedens und des äußeren Deforums willen, dem

Fascismus eine energische Regierungsgewalt entgegenzu-

stellen. Das Votum vom 23. d. M. bedeutet nichts anderes,

als die Einsicht dieser Tatsache von seiten aller Parteien. Man

hat dem Ministerium einen parlamentarischen Gottesfrieden

gewährt, weil man dahintergekommen ist, daß die Friedens-

verhandlungen mit den Fascisten auch im besten Falle nicht

den Frieden von heute auf morgen bringen können.

Gegen das Ministerium haben die Sozialisten gestimmt,

die Kommunisten, die Republikaner und die Fascisten. Un-

serere Parlamentsfraktion hat sich einem ausdrücklichen Partei-

vorstandsvotum gebeugt. In der darüber in der Kammer

abgegebenen Erklärung hat Senofe Modigliani unter

anderem gefügt, daß die Fraktion gegen das Ministerium

stimme, auch, weil die dem parlamentarischen Milieu fern-

stehenden Massen ein Votum zugunsten des Kabinetts nicht

verstehen würden. In dieser Erklärung liegt eingeschlossen,

was aus der ganzen Sachlage klar hervorgeht: daß nämlich

unser Fraktion für das Ministerium gestimmt haben würde,

falls sie durch dieses ihr Votum den Sturz des Kabinetts hätte

verhindern können. Ein überflüssiges Votum, ein zweckloses

zur übergroßen Mehrheit Stößen, hätten die Massen allerdings

nicht verstanden. Theoretische Erwägungen, zugunsten des

Ministeriums Bonomi zu stimmen, bestehen wahrhaftig nicht, und

Opportunitätsgründe kamen deshalb nicht in Betracht, weil

durch die Haltung der übrigen Parteien den Stimmen der

Sozialisten keine ausschlaggebende Bedeutung zukommen

wäre. Die Erklärung Modiglianis besagt aber deutlich, daß

für das Votum gegen das Kabinett Opportunitätsgründe

den Ausschlag gegeben haben, und diese Tatsache ist für die

parlamentarische Grundlage des Kabinetts deshalb von Be-

deutung, weil es eventuell darauf rechnen kann, bei einem

Wahl der rechtsstehenden bürgerlichen Elemente die Stimmen

der Sozialisten zu erhalten.

Das ist freilich Zukunftsmusik. Einstweilen leben wir in

einem Zustande, der etwas an Panik erinnert, und der die

bürgerlichen Parteien sich um das neue Kabinett scharen läßt.

Die blutige Saat des Fascismus trägt ihre blutigen

Früchte, und es ist keine Ende des Zwistes abzusehen. Die

Tatsache des Fascismus ist jetzt in das Seelenleben der

Massen eingedrungen. Als die Friedensvorschläge von Muss-

olini kamen, war der Stein schon mit allzu großer Wucht ins

Rollen gekommen. Ganz richtig hat Turati in der Kam-

mer gesagt, daß es nicht genügt, wenn sich einer vom Banden-

führer in eine hüfende Magdalene verwandelt, um einem

Zustande bürgerlichen Kleinrieges ein Ende zu setzen. Der

Fascismus ist heute eine organisierte Macht, die sich unter

den Augen der Polizeibehörden hat mit Waffen versehen

können, und die über Transportmittel und Gelder verfügt, so

daß sie sich beliebig von einem Orte zum anderen begibt, wo-

durch eine relativ kleine Schar ganze Gegenden terrorisieren

kann. Außerdem haben die letzten Wochen, in denen einer-

seits Friedensverhandlungen im Gange waren, während sich

andererseits die Ausschreitungen häuften, zu einer prole-

tarischen Gegenorganisation, der sogenannten

„Arbitri del Popolo“ (Sturmsohnen des Volkes) geführt, die

den bewaffneten Gruppen der Fascisten bewaffnete Gruppen

entgegenstellt. Hier liegt ein neuer Grund beständiger Kon-

flikte.

Die Unruhen sind in eine ganz akute Phase getreten. Das

Ministerium Bonomi hat die Polizeiorgane angewiesen, den

Auszug bewaffneter Gruppen aus ihrem Zuständigkeitsgebiet

zu verhindern, und macht sie für etwaige „Straferpeditionen“

verantwortlich. Auf diese Weise ist es zu dem Aufbruch von

Sarzana gekommen, das sich noch gar nicht in seinem

vollen Umfange überschauen läßt. Die Fascisten von Gorno,

Massa, Carrara und anderen Orten hatten sich in Sarzana

zu einem fascistischen „Aufgebot“ vereinigt, das auch den

Zweck verfolgte, einen dort verhafteten Fascistenführer in

Freiheit zu setzen. Gegen alles Erwarten stießen die Fascisten

auf den Widerstand der Carabinieri, wobei fünf der Ihren

und zwei Carabinieri den Tod fanden. Darauf zerstreuten

sich die Fascisten in das umliegende flache Land, wobei sie



aber von dem erbitterten Landvolk aufgespürt wurden. Auf diese Weise sollen zehn von ihnen den Tod gefunden haben, zum Teil einen sehr grausamen Tod, wenn den Nachrichten der bürgerlichen Blätter zu glauben ist.

Das Blutbad von Roccastrada reißt sich unmittelbar an die Ereignisse von Sarzana an. Roccastrada ist ein kleines Nest (9300 Einwohner), das im Ruße steht, viele Kommunisten zu haben. Auf seinem Sündenregister hatten die Faschisten vermerkt, daß in Roccastrada am 2. Juli gegen einen Zug faschistischer Autos gefeuert worden war, der einen gefallenen Faschisten von Grosseto nach Siena transportierte. Es ist eine Lieblingsgewohnheit der Faschisten, die Toten ihres Bürgerkrieges auf Automobilen spazieren zu führen, was immer den Keim zu neuem Blutvergießen zu legen pflegt. So hatte man denn dem Orte eine Strafexpedition zugebracht, war aus Grosseto mit Autos gekommen und hatte um 5 Uhr früh das Ausschütten von Fahnen mit den Landesfarben gefordert und durchgeführt. Da die Faschisten das Haus des sozialistischen Bürgermeisters schon bei ihrem ersten Besuch verbrannt hatten, scheinen sie dann ihre Wirksamkeit, zu deren Entfaltung sie Handgranaten und dergleichen Propagandamittel bei sich führten, anderen Orten zugebracht zu haben. Den bürgerlichen Blättern zufolge stießen sie beim Verlassen des Dorfes auf einen „kommunistischen Hinterhalt“, bei dem es zwölf Tote gab. Der Hinterhalt der Kommunisten muß ganz besonders fein angelegt gewesen sein, denn sie haben 12 Tote unter den Ihren, während von den Faschisten nur einer gefallen ist. Diesen Unterschied in der Zahl der Opfer führen die bürgerlichen Blätter auf den Mut der Faschisten zurück; wahrscheinlich haben dabei die Handgranaten eine ausschlaggebende Rolle gespielt, was die Ordnungsorgane nicht zu ergründen suchen. Sie begnügen sich mit der Bemerkung, daß in dem Konflikt sogar „Handgranaten“ verwendet wurden. Von wem, sagt man nicht. Wahrscheinlich haben sich die Kommunisten auf ihre eigenen Handgranaten gesetzt und sind dabei umgekommen. Von den Faschisten wurden 7 Häuser und mehrere Scheunen verbrannt!

Der Ministerrat hat sofort den Präsidenten von Grosseto (Regierungspräsidenten) seines Amtes enthoben. Jetzt müssen die hohen Herren daran glauben, denen man bisher dafür Dank gewußt hatte, wenn sie den Faschisten gegenüber beide Augen zudrückten. Aber damit wird natürlich die Sturzwehle der Gewalt nicht angehalten. Das war früher möglich, als die Bewegung begann, aber da schien sie der bürgerlichen Reaktion allzu verheißend für den Wahlkampf. Jetzt ist der Faschismus der Macht der bloßen Polizeimaßregeln entwachsen, und sein Gegenpart, die „Sturmfronten des Volkes“, drohen denselben Entwicklungsprozeß zu durchlaufen.

Unter diesen Umständen darf es nicht wunder nehmen, wenn Bonomi, nachdem seine Erklärungen am 18. d. M. eine so eifige Ausnahme in der Kammer gefunden hatten, am 23. eine so starke Mehrheit davongetragen hat. Heut drängt die Sorge um den Faschismus die parlamentarischen Intrigen in den Hintergrund.

Auf das vorige Ministerium fällt die ungeheure Verantwortung, die Erstarkung des Faschismus gebildet und gefördert zu haben. Bonomi findet die Tatsache vor. Die Situation verschärft sich einerseits durch die tägliche Vermehrung der Ausschreitungen; sie klärt sich aber andererseits, weil gerade diese Ergesse den Faschisten Sympathien entziehen. Haben doch zwei Parteien, die sich durch Faschistenfreundlichkeit auszeichneten, die Nationalisten und die Fraktion Solandra, für das Ministerium gestimmt, das versprochen hat, den Faschisten eine eiserne Faust zu zeigen!

So ist der Faschismus augenblicklich für Bonomi ein Element parlamentarischer Festigkeit; die Faschistenforge hält die Parteien der Rechten ab, gegen das Kabinett Sturm zu laufen. Ob der Faschismus das Ministerium in seiner tatsächlichen politischen Lebensfähigkeit, die nicht im Parlament liegt, beeinträchtigen und erschüttern kann, das wird in letzter Linie von der Fähigkeit Bonomis abhängen, die Frage der akuten Konflikte der kommenden Wochen politisch zu lösen.

## Verherrlichung des Bürgerkrieges.

In Bortum hat die Brigade Ehrhardt für ihre Gefallenen auf dem Kasernenhofe der Küstenwehrabteilung VI, also auf staatlichem Boden der deutschen Republik, gestern ein Denkmal enthüllt. Wir leiden zwar durchaus nicht Mangel in diesem Artikel, aber wenn sich Leute finden, die glauben, daß derlei Sachen zum Leben heute notwendig sind, und wenn sie sonst die Allgemeinheit nicht stören, dann mögen sie ruhig sich Denkmäler setzen. Das Ehrhardt-Denkmal bedeutet aber etwas ganz anderes, es ist die bewußte Verherrlichung der deutschen Republik, die nur mühsam unter dem Mantel der Erinnerung für die Gefallenen der 2. Marinebrigade verhüllt wird. Es muß schon auffällig wirken, daß auf Reichsboden ein Denkmal aufgestellt wird, dessen eines Relief einen kräftigen Arbeiterarm zeigt, der auf offener Hand eine Krone trägt. Wenn aber zur Geschmacklosigkeit die Verherrlichung des Bürgerkrieges kommt, dann geht das über jede noch so weit gezogene Grenze, und die des Herrn Reichswehrministers ist bekanntlich kaum erkennbar weit, hinaus. Das Denkmal trägt die Inschriften „Berlin, München, Oberschlesien“. Das sollen Höhepunkte sein „für den unsterblichen Ruhm, den die aus dem schmachvollen Zusammenbruch der Marine kraftvoll entstandene Ehrhardt-Truppe sich erworben hat in heiligem Kampf um den inneren Frieden“. So lesen wir es in der „Deutschen Zeitung“. Ueber die sonstigen Embleme, Erinnerungszeichen und Bilder des Denkmals regen wir uns nicht weiter auf; sie sind auf demselben Boden gewachsen wie die Duhende von Blechschergen, die bei „patriotischen“ Soldaten heute üblich sind. Es gibt eben Menschen, die glauben, sich nur dann aus der Masse herauszuheben, wenn sie irgendeinen bunten oder glitzernden Rumpfh auf sich herumzuschleppen dürfen. Das ist immer ein Charakteristikum für Mangel an Glauben an den Wert der eigenen Persönlichkeit.

Bei der Einweihung wurde das schöne Ehrhardt-Lied gesungen:

Hakenkreuz am Stahlhelm,  
schwarz-weiß-rotes Band,  
die Brigade Ehrhardt  
werden wir genannt —  
Ehrhardts Geist im Herzen,  
kann nicht untergehen;  
die Brigade Ehrhardt  
wird einst auferstehen.

Nach diesem wahrhaft erhebenden Liede trat der Kommandeur der Küstenwehrabteilung IV, also wohl ein Mann, der den Eid auf die deutsche Republik geschworen hat, der Korvettenkapitän v. Abendroth, vor das Denkmal und hielt eine sicher prachtvolle Rede mit dem üblichen „begeistert aufgenommenen“ Hoch.

Das ist alles geschehen nicht unter Wilhelm II., sondern im dritten Jahre der Republik.

### Der Flaggenstandal auf Bortum.

Wie wir kürzlich mitteilten, wurde auf dem seit Jahren als antisemitisch berufenen Nordseebad Bortum unter großem Jubel der deutsch-russischen Badegäste von aktiven Küstentruppen die schwarz-rot-goldene Fahne heruntergeholt. Wie uns mitgeteilt wird, wurde dieser Tatbestand dem Reichspräsidenten Genossen Ebert gebracht, außerdem sandte der Reichstagsabgeordnete Genosse Häntel folgendes Telegramm an den Reichswehrminister Gahr:

Auf Bortum, unter hervorragender Beteiligung aktiver Küstentruppen, wurde die schwarz-rot-goldene Fahne beschimpft, beschmutzt und niedergeholt. Daneben Beteiligung an anderen Ungehörigkeiten gegen nicht all-deutsche Badegäste. Ueber das Höhere schriftliche Mitteilung erfolgt. — Protestiere als Reichstagsmitglied gegen standhaftes Benehmen im Dienst der Republik stehender und von ihr bezeichneter Soldaten. Ersuche dringend um sofortiges Eingreifen.

Wie wir weiter hören war der Eisenbahnsekretär, dem die energische Behandlung der Angelegenheit zu danken ist, beim Oberpräsi-

denten Koste, der die erforderlichen Anweisungen vom Reichspräsidenten erhalten hat. Die republikanisch gestimmte Bevölkerung Bortums ist entschlossen, sich nicht länger von dem nationalstolischen Pöbel provozieren zu lassen, und es ist dringend zu wünschen, daß die Behörden nachdrücklich durchgreifen, ehe es zwischen Einwohnern und Gästen zu täglichen Auseinandersetzungen kommt.

## Riß im Kahr-Block.

München, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Spränge im bayerischen Ordnungsblock, die der „Vorwärts“ schon längere Zeit festgestellt hat, haben sich bei den gestrigen Landtagsoverhandlungen zu einem kräftigen Riß erweitert. Der Verfassungsausschuß über den Verordnungsentwurf einer Neuordnung der Schulpflege und Schulaufsicht im Verfassungsausschuß des Landtages teilte in der gestrigen Plenarsitzung ein völliges Auseinanderfallen der Koalitionsparteien und endigte mit einer parlamentarischen Niederlage der Regierung Kahr. Mit 54 gegen 47 Stimmen der Bayerischen Volkspartei wurde beschlossen, daß der Entwurf, von dem der Kultusminister nur gewisse Teile dem Landtage zur Beurteilung übergeben wollte, in allen seinen Teilen der Genehmigung des Landtages entsprechend dem Artikel 46 der Verfassungsurkunde zu unterstellen sei. Es hat sich damit ergeben, daß sich alle Fraktionen des Landtages mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei in der Frage der Genehmigungspflicht der Schulpflege gegen die Regierung Kahr und den Kultusminister entschieden haben. Die Frage wird somit endgültig vor dem Staatsgerichtshof ausgetragen werden. Die Angelegenheit hat aber wieder gezeigt, wie sehr die Ereignisse der letzten Wochen und Monate die Stellung der Regierung Kahr im Parlament und im Volk erschüttert haben.

Die Th. meldet über die Vorgänge selbst: Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages war vor kurzem eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und der Mehrheit darüber entstanden, ob die Frage der Schulpflege der Zuständigkeit des Landtages zu unterstellen sei oder nicht. Der Standpunkt der Regierung, daß dies nicht zu geschehen brauche, war nur von der Bayerischen Volkspartei geteilt worden. Gestern nachmittag kam die Angelegenheit im Plenum des Landtages zur Sprache. Redner der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten sprachen ihr Bedauern über das Vorgehen der Regierung aus. Von demokratischer Seite wurde erklärt, es sei von der Regierung gegenüber dem Landtage nicht loyal vorgegangen worden, die Regierung habe einen Konflikt herbeigeführt, es liege eine Brückung der Mehrheit des Landtages vor. Die Wiederholung solcher Vorgänge werde unfruchtliche politische Wirkungen haben. Die Demokraten könnten es sich nicht gefallen lassen, wenn so gegen die übrigen Koalitionsparteien vorgegangen werde. Dem gegenüber erklärte der Redner der Bayerischen Volkspartei, daß diese den anderen Koalitionsparteien in weitgehendem Maße entgegenkomme. Kultusminister Ratt wies die Vorwürfe eines nicht loyalen Vorgehens zurück und stellte fest, daß er mit Zustimmung seiner sämtlichen Ministerkollegen gehandelt habe. Das Ergebnis der Beratungen war, daß mit allen Stimmen gegen jene der Bayerischen Volkspartei Anträge angenommen wurden, wonach die Regierungsverordnung betreffend Schulpflege, Schulleitung und Schulaufsicht als Ganzes, also auch bezüglich der Schulpflege, der Genehmigung des Landtages zu unterbreiten ist.

## Sozialdemokratie und Koalition.

Köln, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zur Regierungskrise in Preußen beschloß die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kölns nach einem Referat des Genossen Bernhard Rausch folgenden Antrag an den örtlichen Parteitag: Da das starre Festhalten an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei sich während der Regierungskrise in Preußen als nachteilig erwiesen hat, möge der Parteitag im Interesse der sozialdemokratischen Wählermassen den Fraktionen im Reich, in den Ländern und Gemeinden eine größere taktische Beweglichkeit einräumen, die auch die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Sicherungen für den Bestand der Republik nicht ausschließt.

## Nationale Erziehung.

Von Hans Bauer.

In einem Kaffeeblättchen „Volk und Wehr“, das zwar nicht um seiner selbst, wohl aber um seiner Gesinnung wegen der Rede wert ist, die gleichzeitig diejenige einer in Deutschland immer noch nicht umschmeichelt gewordenen Menschlichkeit ist, erklärt der „Verband nationaler Soldaten“ einen (natürlich stammenden) Aufruf, der sich für den Boykott von Waren des „Feindbundes“ erklärt. Es ist belanglos, daß man dazu so oder so Stellung nehmen kann. Wichtig aber ist der erste Satz, der da lautet:

Züchtigt Eure Kinder, wenn sie ...  
... unschuldige Tiere quälen?, ihre Raufstift an schwächeren Kindern auslassen?, ihren Eltern Geld stehlen? Ach nein doch!  
... wenn sie gedankenlos französische Schokoladen knabbern!

Ich stelle mir lebhaft vor: Ein zehnjähriges Mädchen etwa spielt mit ihrer Freundin Fangeball. Ein drittes kommt daher gepurzelt. Es stellt sich heraus, daß die drei zusammen im Besitz von 3,50 M. sind, die frei zu ihrer Verfügung stehen. Sie gehen in das nächste Schokoladengeschäft und kaufen sich eine halbe Tafel Schokolade. Jubelnd stürzen sie mit ihr auf die Straße und beginnen zu knabbern und verzehren Mund, Augen und Ohren dabei und kriegen braune Fingerchen und eine braune Junge. So gut schmeckt das Zeug!

Pöhlisch sagt ein Teufel daher. Blondes Germanenhaar. Blaues Auge. Blutprobe bestanden. Hakenkreuz. Böllischer Kofferschädel. Eines der Mädchen hüpf auf den Teufeln zu: „Du, Vati, Vati! Was kosten! Oh, ist das was Feines!“ Das Mädchen reißt die Hand über den Magen und knapft dann eine Ecke von seinem Schokoladentafel ab, um Watern ... Wie es eins auf der Backe sitzen hat, daß es aufs Pfaster liegt. Denn es klebt noch das „ier“ von „Premier“ auf der Umhüllung der Schokolade. „Gedankenlos knabberst!“, flucht es aus der böllischen Brust. „Das will Blut von meinem Blute sein, das Feindbunds-Schokolade knabberst!“

Die Kleine weiß nicht. Sie versteht gar nicht. Schokolade ist, was gut schmeckt. Und vom Feindbund reden die Großen zu Hause manchmal, wenn der dicke, fette Onkel vom Bande kommt.

Und doch ... Du bist bloß noch ein rechtes dummes Kleines, liebes Kind. Wärest du vernünftig, erkennst du, daß dein vom Nationalen Bund erzogener Papa seinerseits ein wertvolles Erziehungsstück an dir ausübt. Er lehrt dich einen Ha, den du später einmal brauchst. Zwar nicht den gegen einen Feindbund, der dir nie etwas zuleide tat, aber den gegen einen Unverstand, der in dein junges Leben mit Hilfe von Ohrfeigen Ha gegen andere Völker trägt.

Dieses Ha brauchst du, damit deine Kinder einmal reichlicher Schokolade knabbern können, als du es in deinem Leben konntest. Denn da wurde sie durch die Schuld solcher Teufeln, wie dein Vater es ist, durch Dörrgemüse ersetzt.

Die Ausstellungsfrage für die Berliner Kunstvereinigungen wird augenblicklich in den beteiligten Kreisen lebhaft besprochen. Während sich eine neue Gruppe unter dem rätselhaften Namen „Salvation“ aufbaut, die ohne Künstlerjury neue Wege versuchen will, sind die älteren Gruppen im Um- bzw. Abbau. Die Novembergruppe, die im Winter 1918/19 hoffnungsvoll begann, hat sich soeben gespalten, und eine Anzahl Mitglieder sind ausgeschieden, zuerst das Künstlerpaar Garbe-Koeder und Oswald Herzog, dann George Grosz, Dig, Raoul Hausmann, Thomas King, Rudolf Schlichter u. a. Sie wollen damit dem „opportunistischen Stillge“ der Vereinigung, der sie trotz revolutionärer Versicherungen zu einem bloßen Ausstellungsverein werden lassen, eine „Gemeinschaft der Werttätigen“ entgegenstellen. In den Sezessionsgruppen, in der Freien Sezession, deren Ehrenpräsident Max Liebermann ist, und in der Berliner Sezession, der von Corinth geführten Gruppe, ist man dagegen gerade von der Erwägung der Ausstellungs-möglichkeiten her dazu gekommen, über eine Veranstaltung von Ausstellungen an gemeinsamen Orten, in dem jetzigen Hause der Berliner Sezession, zu verhandeln. Die freie Sezession hat bekanntlich ihr altes Haus am Kurfürstendamm verloren. Die Berliner Sezession aber wird sich möglicherweise in ihrem bisherigen Hause, dessen alle Räume einem anderen Zwecke zugeordnet sind, neue Ausstellungsräume schaffen können. Es wäre wohl im Interesse sowohl der Künstler wie des Publikums, wenn sich hier für beide Sezessionsgruppen, wenn auch vorläufig in verschiedenen Monaten des Jahres, Unterkunft für ihre Ausstellungen finden ließe.

Ein Menzelsfund. Einen unbekanntem Steinbild des jungen Menzel hat jetzt Walter von zur Westen, der bekannte Berliner Sammler, aufgefunden. Es ist ein mit einer interessanten Bildnische geschmücktes Tischblatt, zu dem von Salensens komponierten Schauerbild des bekannten und berühmten R. G. Saphir zum Tode des Herzogs von Reichstadt, des Sohnes Napoleons und der Marie Louise.

Menzel hat daraus Napoleons Geist mit dem toten Sohne im Arm dargestellt, wie er über dem offenen Grabe schwebt. Das Bild, das der Finder in den Mitteilungen der Berliner Bibliophilen Gesellschaft veröffentlicht, war der bisherigen Menzel-Forschung entgangen.

Was der Geschichte der Hanse. Mit Beginn der „Nordischen Woche“ wird das Lübeckische Staatsarchiv eine Ausstellung eröffnen, deren Hauptteil in einem reichen Urkundenbuch mit erläuterndem Text einen Ueberblick über die Geschichte der deutschen Hanse geben wird.

In der Hanse, deren Haupt Lübeck jahrhundertlang gewesen ist, vollzogen sich die Verkehrsverbindungen mit jenen Ländern, die in diesem Jahr zum Besuch der Nordischen Woche geladen sind. Wie weitvoll diesen Staaten der Verkehr mit den deutschen Städten war,

beweisen die zahlreichen Privilegien, welche ihre Herrscher den deutschen Kaufleuten gewährten. Welche Bedeutung umgekehrt der Handel mit jenen Ländern für die Deutschen hatte, ist aus der zähen Verteidigung dieser Vorrechte ersichtlich. Sämtliche Kriege zwischen Nordländern und Deutschen drehten sich im Grunde um den Seehandel. Von dem allem sollen die ausgestellten Urkunden erzählen.

Die Einladung Heinrichs des Löwen an die Gotländer vom Jahre 1163 eröffnet deren Reihe. Die älteste „Stra“ des deutschen Kaufhofes zu Rowgorod redet von der achtunggebietenden Stellung des deutschen Kaufmanns im Osten. Privilegien der nordischen Könige geben den Gästen durch Schrift und Siegel ein Bild von den mittelalterlichen Kanzlei-gebäuden ihrer Höfe. Von besonderer Wirkung auf den Beschauer werden Urkundenausfertigungen wie der Stettiner Friede mit seinen 23 Siegeln sein. Die Reihe der Urkunden führt bis ins 19. Jahrhundert und weist gerade aus dieser Zeit noch einige höchst merkwürdige Stücke aus den fernsten Ländern auf, Handelsverträge Lübeds mit Persien, Japan, Siam, China, alle in dem besonderen Charakter ihrer Länder gehalten.

Daneben wird eine Anzahl von Urkunden ausgestellt, die von dem inneren Leben Lübeds zeugen, wie Kaiserurkunden, päpstliche Bullen und Abkchreife von Kardinälen in Prachttausstattung. Eine Fülle von Siegeln wird dem Liebhaber manch seines Kunstwert zeigen. Es ist bekannt, daß die Seestädte im Mittelalter mit Vorliebe die Darstellung eines Schiffes als Siegelbild gewählt haben. Die Entwicklung der verschiedenen Schiffstypen an der Hand dieser Bilder zu verfolgen, ist besonders reizvoll.

Wenn früher einmal Gelegenheit war, in die Schätze des Staatsarchivs einen Blick zu tun, war der Jubel groß. So verspricht auch die Archivausstellung der Nordischen Woche einen zahlreichen Besuch.

„Gottlob, das Brot wird teuer!“ Unser keines „Grütelieb“ in der gestrigen Morgennummer, das den wirklichen, echten ostelbischen Agrariern vollkommen aus dem Herzen gesungen ist, hat bei den Berliner Dielen-Agrariern der „Deutschen Tageszeitung“ keinen Beifall gefunden. Sie sind der Meinung, daß den Landwirten schwere Sorgen drücken, Sorgen für sich und für die Volksernährung, und daß es die Pflicht des „Vorwärts“ sei, das „Verständnis für diese Lage allenthalben zu fördern.“

Die Gelehrten der „Deutschen Tageszeitung“ haben keine Ahnung davon, wie es auf dem Lande aussieht, sonst würden sie wissen, daß die Sorge um die „Volksernährung“ noch keinem Agrarier jemals das Leben verbittert hat, und daß heute den deutschen Landmann keine andere Sorge so ernst und schwer drückt wie die bange Frage: wo lege ich nach erfolgter Abzahlung aller Hypotheken meine überschüssigen Gelder am vorteilhaftesten und sichersten an?

Eine Vöbagoische Herbstwoche mit dem Thema „Theorie und Praxis der Arbeitsschule“ veranstaltet das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin, vom 6. bis 10. September in Köln. Weitere Auskunft erteilt das Städtische Schulamt in Köln, Kgriffstr. 10.



# Ein Sozialdemokrat über Niederschönenfeld.

Das Schreckens-Regiment des Staatsanwalts Krauß.

Die bürgerliche Presse in Bayern wie im übrigen Reich suchte anlässlich der wiederholten Mitteilungen des „Vorwärts“ über skandalöse Vorgänge in der bayerischen Festung Niederschönenfeld es so hinzustellen, als seien die Proteste ausschließlich von böswilligen und unzuverlässigen Kommunisten ausgegangen. Wie wir schon demgegenüber über kurz mitteilen, wurden die Angaben über Niederschönenfeld von einem Mitglied der SPD. in vollem Umfang bestätigt. Obwohl unserem Gewährsmann die Drohung der Festungsleitung bekannt war, jeden, der nach seiner Entlassung Ungünstiges über die Festung aussage, in Schutzhaft zu nehmen, erteilte er uns eine Reihe von Informationen, die wir nachstehend zur Kenntnis bringen:

Nach der Ansicht unseres Gewährsmannes sind die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände auf der Festung lediglich auf die Rigorosität und den Kasernenhottent des neuen Anstaltsvorstehers Staatsanwalt Krauß und die durch ihn herbeigeführte Militarisation der Strafanstalt zurückzuführen. Während der frühere Anstaltsleiter, Amtsrichter Bollmann, es verstanden hatte, den politischen Gefangenen die Ehrenhaft innerhalb der bestehenden Bestimmungen nach Möglichkeit zu erleichtern, erklärte der neue Herr bei seinem Erscheinen: „Ich bin in die Festung gekommen, um Ruhe und Ordnung zu schaffen; wenn es nötig ist, auch mit Gewalt!“

Von seinen Anordnungen zur Schiksanierung der Gefangenen seien nur die folgenden 4 Punkte erwähnt: 1. Die übliche Besuchszeit wurde ganz gründlich verringert. Die Anwesenheit eines Aufsichtsbekleideten, die nur bei Reklamation in Liebung war, wurde ständig durchgehört. Der Besuch der Braut eines Gefangenen wurde völlig verboten; Ehefrauen müssen sich Bewachung durch die Wächter gefallen lassen. Nach Weggang der Besuche werden die Häftlinge bis aufs Hemd untersucht.

2. Es wurde eine Polizeistunde eingeführt, jetzt wird um 10 Uhr das Licht in allen Räumen gelöscht, so daß Leute wie Zeller, die für ihre schriftstellerischen Arbeiten meist die Ruhe der späten Abendstunden bewussten, jetzt in ihrer Tätigkeit wesentlich gehemmt sind.

3. Im Gegensatz zur Festungsordnung wurde eine strenge Zensur und Konfiskation aller nichtgehörigen Schriften durchgeföhrt.

4. Das Recht auf sechs Stunden Aufenthalt im Freien wurde auf zwei Stunden eingeschränkt. Einzelhaft, Hofenzug, hartes Lager, Kostschmälerung usw. wurden eingeföhrt. Die Behauptung einer „schamverletzenden Raufkultur“ durch die Gefangenen ist eine böswillige Erfindung.

Trotz der Ablehnung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch die bürgerlichen Vertreter im bayerischen Landtag ist die bayerische Regierung jederzeit in der Lage, sich die notwendigen Informationen durch Entsendung eines Mannes nach Niederschönenfeld zu beschaffen, der seinen Beruf nicht lediglich als den eines Peinigers und Rächers ansieht.

## Die amerikanische Friedenserklärung.

New York, 28. Juli. (Funkpruch des WTB.) Nach einer Mitteilung des Chefs des Justizdepartements in Washington werden die Vorschläge über die Veröffentlichung der Friedensproklamation dem Präsidenten Harding voraussichtlich in der nächsten Woche unterbreitet werden.

## Hunger, Pest und Cholera.

Helsingfors, 27. Juli. (CP.) Die Völker-Rußlands sind in Bewegung wie in den Tagen der Völkerverwanderung. 35 Millionen Menschen sind von der Hungertatostrophe betroffen worden, und viele von ihnen ziehen nach anderen Gouvernements. Die hungernden Bauern belagern Orenburg, Ufa und Schabodanzk. Tscheljabinsk ist gänzlich geplündert. In Woronezh, Gargeln und Krasnodar ist die Pest ausgebrochen.

Washington, 28. Juli. Staatssekretär Hughes hat eine Note an die Sowjetregierung geschickt, in der die Politik der Vereinigten Staaten der Sowjetregierung gegenüber dargelegt wird. Es wird darin gesagt, daß, wenn alle amerikanischen Bürger, die noch in Rußland gefangen sind, wieder freigelassen werden, die Vereinigten Staaten eine Hilfsaktion für die von der Hungersnot betroffene Bevölkerung übernehmen würden. Die Note vervollständigt das Telegramm, das von Hoover an Maxim Gorki geschickt wurde.

## Der Kongreß von Lille.

Lille, 28. Juli. (CP.) In der Nachmittags-Sitzung des Kongresses der CGT. haben mehrere Redner aller Richtungen gesprochen. Toulouse, Rinderheiler, verlangt die Trennung der CGT. von der Amsterdamer Internationale und Verwerfung des Internationalen Arbeiterbundes des Völkerverbundes. Gladieckel sagt, daß man die Zweite Internationale nicht verlassen dürfe in Anbetracht der internationalen Verpflichtungen, die die CGT. auf sich genommen hat. Der Kongreß nimmt einen Antrag an, der die Solidaritätsgefühle der CGT. für die streikenden Arbeiter Elsch-Votdringens auspricht. Casserai gibt bekannt, daß die Kommission, die gestern ernannt wurde, auf die Suche nach den Verantwortlichen für die gestrigen Ereignisse verzichtet hat in Anbetracht der Tatsache, daß die bürgerliche Polizei eine Untersuchung in derselben Sache eingeleitet hat. Herr Cadoci, Rinderheiler, Mitglied der Kommission, ist mit dem Bericht nicht einverstanden. Der Kongreß kümmert sich nicht darum, was die Polizei tut und besorgt seine Geschäfte selbst. Auf Antrag Touhaug wird der Beschluß auf Donnerstag vertagt und die Sitzung aufgehoben.

Die „Humanität“ meldet, sind für den Bericht des Allgemeinen Arbeiterverbandes (CGT.) 2653, dagegen 1353 Stimmen abgegeben.

## Kemal kapitulierte?

London, 28. Juli. (CP.) Nach dem „Daily Express“ hat die türkische Regierung die Vermittlung der Alliierten ersucht, um dem griechisch-türkischen Kriege ein Ende zu machen.

Ein WTB-Telegramm aus Angora vom 27. veröffentlicht dagegen einen türkischen Heeresbericht, nach dem die Schlacht bei Esli Schicht zugunsten der Türken ausfiel. Savas behauptet, die Griechen zögen sich auf den Abhang Selid Ghajl zurück.

Polizei gegen Reichswehr. Zu unserer Meldung im heutigen Morgenblatt wird uns von unterrichteter Seite aus Steinfur mitgeteilt, daß von einer Vorbereitung des Angriffs auf die dortigen Polizeibeamten durch Reichswehroffiziere nicht gesprochen werden könne. Selbst wenn es sich aber um einen spontanen Angriff der Truppe handelt, würde dies für die verantwortlichen Stellen der Reichswehr keine Entlastung bedeuten.

# Groß-Berlin

Vom Chemann vergiftet?

## Die Beschlagnahme einer Leiche im Krematorium.

Auf Grund schwerer Beschuldigungen, die gegen den Raschmenhelzer Paul Marhal aus der Danziger Str. 13 erhoben werden, wurde die Leiche seiner verstorbenen Ehefrau Ida kurz vor ihrer Einäscherung von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Marhal selbst wurde festgenommen, nach seinem Verhör aber wieder auf freien Fuß gesetzt, da für die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen keine genügenden Unterlagen vorhanden sind, die seine Inhaftierung rechtfertigen könnten.

Marhal wird von Hausbewohnern und anderen Seiten dringend verdächtigt, seine Frau durch Darreichung vergifteter Milch getötet zu haben und mit der Einäscherung der Leiche nur bezwecken zu wollen, daß die Spuren seines Verbrechens vernichtet würden. Frau Marhal war vor 14 Tagen nach dem Genuß von Fisch erkrankt und seitdem bettlägerig. Ihr Mann hatte ihr immer Milch an ihr Lager gebracht, die, wie die Frau zu Nachbarnleuten gesagt haben soll, einen eigenartigen Geschmack und auch einen Saß gehabt haben sollte. Vor wenigen Tagen verstarb die Frau. Ein Arzt schrieb auf den Totenschein: Herzschwäche, vielleicht durch Genuß von schlechtem Fleisch. Der gegen den Chemann beglaubigte Verdacht, daß er an dem Tode seiner Ehefrau, mit der er kein glückliches Eheleben geführt hatte, schuldig sei, wurde bei den Leuten noch besonders dadurch verstärkt, daß der Mann die Leiche nach dem Krematorium bringen ließ, um sie dort einäschern zu lassen. Hierzu gehört jedoch eine letztwillige Verfügung der Verstorbenen, und es wurde stark bezweifelt, daß diese vorhanden sei.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben nun ergeben, daß dieser Schein tatsächlich geföhrt worden ist. Marhal hatte selbst die Urkunde ausgestellt und von einer ihm bekannten Frau mit dem Namen seiner verstorbenen Ehefrau unterschreiben lassen. Dies

## Aufruf

### des Verbandes für Volksgesundheit.

Der Verband für Volksgesundheit, jene Organisation von Lebensreformern auf pazifistischer, sozialistischer Grundlage, welche innerhalb der Arbeiterbewegung arbeitet, fordert alle

Lebensreformer, Alkoholgegner, Vegetarier, Wander- und Naturfreunde, Anhänger der Naturheil-Bewegung

von Groß-Berlin aus, am Sonntagvormittag in Berlin zu bleiben und sich reiflos an der Friedenskundgebung

## Nie wieder Krieg

zu beteiligen.

Sammelplatz: Sonntag, 31. Juli, vorm. 9 Uhr pünktl. Köpenicker Platz (Ostbahnhof), Nähe des Schleifbahnhofs.

Verband „Volksgesundheit“, Ortsverein Groß-Berlin.

gibt der Beschuldigte auch zu und führt als Veranlassung dazu an, daß seine Frau stets den Wunsch gehabt, eingäschert zu werden, ihr plötzlicher Tod sei aber gehindert hätte, selbst diesen Wunsch zu unterschreiben. Die Kriminalpolizei beschlagnahmt daraufhin die Leiche im Krematorium und ließ sie nach dem Schauhaus bringen. Die Leichenöffnung ergab jedoch keine bestimmten Anzeichen für eine Vergiftung. Zur genauen Feststellung werden Teile des Mageninhaltes besonders daraufhin untersucht.

## Stebzehn Landwirte vor Gericht.

### Die Kreisfornstelle von Jand-Belzig hat keine Unterlagen.

Wegen Nichtablieferung und Beiseiteschaffung von Getreide waren 17 Landwirte des Kreises Jand-Belzig vor dem Schöffengericht Belzig angeklagt. Es standen den Angeklagten sehr hohe Strafen in Aussicht, die in die Laufende gingen. Die Landwirte entschuldigten sich mit Mäusefraß, Wildschaden und Mißernte. Die zum Termin geladenen amtlichen Schöher erklärten, daß sie keine genügenden Unterlagen zu dem Ertrag der damaligen Ernte hätten. Auch die Beamten der Kreisfornstelle konnten eine Feststellung über die Ernte nicht mehr abgeben, da der Prozeß zu lange hingezogen war. Sämtliche Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil dem Gericht keine Unterlagen von der zuständigen Kreisfornstelle gegeben werden konnten. Diejenigen Bauern, die wegen Nichtablieferung von Milch und Butter angeklagt waren, mußten gleichfalls freigesprochen werden, da die Zwangsbewirtschaftung für Milch und Butter inzwischen aufgehoben ist.

Der letzte Freispruch des Schöffengerichts dürfte sich kaum aufrecht erhalten lassen, falls die Verfehlungen in eine Zeit gefallen sind, in der noch der Zwang zur Ablieferung bestand. Der Fall bedarf also wohl noch der Aufklärung.

## Belohnte Beschimpfungen.

Recht merkwürdige Anschauungen scheint, dem Bericht einer bekannten Berliner Mittagszeitung zufolge, der Hausbesitzerinnen-Verein von Groß-Berlin (Vorstand: Frau Anna Scheffner, Berlin-Friedenau) von staatsbürgerlichen Pflichten in schwerer Zeit zu haben. Die verwitwete Frau Obersteuermann Niebergall-Reim, Charlottenburg, Schlüterstraße 24, vor nämlich am 2. Juni von dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu 600 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie vor einer Spruchkammer des Mieteinigungsamtes X der Stadt Berlin das Mieteinigungsamt eine „Rechtsbeugungsanstalt“ genannt und den Wohlfahrtsminister Stegerwald wegen seiner Höchstmietsverordnung als „Oberbauern“, Bürgermörder und mit noch einigen anderen noch schärferen Ausdrücken beleidigt hatte. Der Hausbesitzerinnen-Verein von Groß-Berlin hat infolgedessen der Frau Niebergall nicht nur seine Anerkennung für ihre dem Hausbesitzerstande geltende Aufopferung und ihr mutiges, von ihr als Frau gereinigtes Verhalten“ ausgesprochen, sondern die Frau Niebergall auch zu seinem Ehrenmitglied ernannt.

Die Angelegenheit wird erneut vor der Strafkammer verhandelt werden, da Frau Niebergall Berufung eingelegt hat.

## Leere Räume im Krankenhaus.

Man schreibt uns: Das Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde in der Egerlerstraße hat infolge der immer ungünstiger gewordenen Finanzlage der Gemeinde weiter abgebaut werden müssen. Verschiedene Pavillons sind frei geworden, und das Entbindungsheim ist seit dem 1. Mai d. J. geschlossen. Aussicht, daß die Finanzlage der Jüdischen Gemeinde sich bessert, ist nicht vorhanden; das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Muß schon der Betrieb erheblich eingeschränkt werden, so dürfte wenigstens dafür Sorge getragen werden müssen, daß in einer Zeit der ungeheuren Raumnot die freigeordneten Räume anderweitig verwendet werden. Für Bureauzwecke ließen sie sich sehr gut berrichten. Es könnte sogar Rücksicht darauf genommen werden, daß dafür an anderer Stelle zum Teil Räume für einige kleine Wohnungen freigemacht werden. Das hätte das Gute, das die Jüdische Gemeinde ihre Finanzen aufbesserte und dadurch das Krankenhaus der Bevölkerung erhalten bliebe, und daß weiter die freien Räume nützliche Verwendung fänden.

Wie man hört, sind solche Erwägungen von dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde auch angestellt worden. Magistrats- und Städtverordnete haben einem Abkommen zugestimmt, wonach der Stadt das an der Egerlerstraße belegene Schwesterheim gegen Miete zur Verfügung gestellt werden sollte. Dieses Abkommen ist vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde nicht inneweghalten worden, angeblich aus technischen und finanziellen Gründen.

In weiten Kreisen der Bevölkerung wird diese Nachricht mit Befremden aufgenommen worden, zumal bekannt ist, daß in diesem Schwesterheim von eintigen leitenden Schwestern starke Raumbeschwendung getrieben wird. Mit der schlechten Finanzlage der Gemeinde ist diese Verschwendung nicht zu vereinbaren; auch nicht damit, daß die Gemeinde von der Stadt jährlich einen besonderen Zuschuß von 600 000 M. erhält. Das Verhalten der Jüdischen Gemeinde blühte dem Ruf der Gemeinde nicht zuträglich sein. Bisher wurde sie gerade in den Arbeiterkreisen des Nordens ob ihrer vorbildlichen Krankenpflege dankbar genannt.

## Den Landrat von Jand-Belzig geht's an.

Es wird nun wirklich bald Zeit, daß der Landrat von Jand-Belzig sich um Dinge kümmert, die, wenn sie so weiter laufen, geeignet sind, uns außenpolitische Unannehmlichkeiten zu bringen. Im Kulturtheater in Potsdam, hinter dem Brauhausberg, wird nämlich seit einiger Zeit Kieftis „Hermannsloach“ gespielt, und nach den uns gewordenen Berichten benutzt ein alldäuischer Böbel bisher jede Vorstellung zu nationalistischen Kundgebungen unerhörtester Art. Wir selber haben darüber berichtet.

Nun geht auch der „Freiheit“ von einer Teilnehmerin folgender Bericht zu:

„In den Pausen der Aufführung spielte eine Musikkapelle Deutschland, Deutschland über alles“. Meine Freundin und ich blieben sitzen, während sich das nationalistische Publikum von den Sitzen erhob. Sofort zeigte sich der Bildungsgrad dieses bürgerlichen Publikums; es läßt sich schriftlich nicht wiedergeben, was uns wegen unseres Sitzenbleibens für Beschimpfungen zuteil wurden. Plötzlich wurde die Aufmerksamkeit von uns abgelenkt, man hatte ein lohnenderes Objekt gefunden. In unserer Nähe war ein Japaner ebenfalls sitzen geblieben, und nun zeigten sich die deutschen Helden in ihrer ganzen herrlichen Tapferkeit. Man griff den sich völlig ruhig verhaltenden Mann tätlich an und schlug ihn auf den Kopf. Der Tumult wurde allgemein, als sich ein jüdischer Herr des Japaners annahm.“

Das Naturtheater in Potsdam, das hinter dem Brauhausberg liegt, gehört politisch zum Kreis Jand-Belzig und der Landrat dieses Kreises in Belzig hätte längst Anlaß nehmen sollen, die Vorstellungen derart überwachen zu lassen, daß der alldäuische Janhagel überhaupt nicht dazu kommt, seine satirischen Gesichte austoben zu lassen. Sollte aber Belzig zu weit von Potsdam entfernt oder der Landrat zu schwach sein, so würde sich das Ministerium des Innern freudig um diesen elendesten Betrieb bemühen müssen.

## Durchstich am Halleischen Tor.

Die Bauarbeiten an der städtischen Untergrundbahn Nord-Süd sind am Halleischen Tore um ein wesentliches vorwärts geschritten. Vom Belle-Alliance-Platz kommend, unterfährt am Halleischen Tore die neue Untergrundbahn das westliche der beiden Torgebäude. Zur Durchführung war es also erforderlich, die Fundamente dieses Bauwerkes, welches ohne Beschädigung erhalten geblieben ist, durch neue zu ersetzen, die nicht in den Tunnelquerschnitt hineinragen. Unter die tragenden Mauern des Baues wurden also noch und nach schwere, und 1 Meter hohe I-Träger eingebracht, die jetzt den Träger für das ganze Gebäude bilden. Die Schichtarbeiten haben begonnen und soeben wurde der „Durchstich“ vorgenommen. Von beiden Seiten ist die Ausschachtung des Bodens so weit vorgeschritten, daß nun das westliche Torgebäude seiner alten Fundamente völlig beraubt, nur noch auf den zu beiden Seiten des späteren Untergrundbahntunnels befindlichen Tragewauern ruht. Die sorgfältige Ausführung der ganzen Unterfangung hat es demvermögend, daß diese schwierigen Arbeiten ohne jeden Schaden für das Gebäude durchgeführt werden konnten. Zur Durchführung der übrigen Bauarbeiten ist bisher das Gebäude durch einen neben den Fundamenten liegenden Buntunnel umgangen worden, so daß zwischen den beiden Torgebäuden ein Teil des westlichen Bürgersteiges und des Fahrdammes durch Bauzäune in Anspruch genommen werden mußte. Diese den Verkehr behindernden Zäune werden demnächst wieder abgebrochen werden können.

Die Kinderwagen-Diebin, über deren Auftreten wir wiederholt berichteten, zeigt ihr schändliches Treiben immer noch ungeführt fort. Gestern erwiderte sie wieder einen Koffeekann gestrichenen Wagen von einem Kinde in der Museumsstraße, ebenfalls unter der Vorpiegelung, der Kleinen im Wagen eine Puppe kaufen zu wollen. Vor dieser Gaunerin kann nicht genügend gewarnt werden. Sie ist etwa 28 Jahre alt, hat ein hohes Gesicht, geht ohne Hut und trägt eine schwarze Bluse, einen grauen Rock, schwarze Strümpfe und schwarze Halbschuhe.

In der Badeanstalt ertrunken ist gestern der 27 Jahre alte Lichtbildvorführer Paul Hierse aus der Rostocker Straße 11. Als er in dem Wellenbad Nützenes am Nordufer 17 badete, ging er plötzlich unter. Obwohl er gleich geborgen wurde, war er schon tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Wohnungseindreher machten wieder an verschiedenen Stellen reiche Beute. So stahlen sie bei dem Kaufmann Rosius in der Sophienstraße 15 Silberfachen usw. im Werte von 250 000 M., aus der Wohnung des Dr. Friedrichs in der Herwarthstraße 4 Teppiche für über 20 000 M.

Die Ausgabe von Mahkarten wird jetzt so geregelt, daß für jeden Platz in jedem Zuge nur ein einziger Vordruck existiert. Die Ausgabe von zwei Platzkarten für den gleichen Platz ist somit ausgeschlossen. Eine Doppelbelegung kann also überhaupt nicht mehr vorkommen. Im übrigen ist der Versuch als solcher noch nicht abgeschloffen. Allerdings müssen die Reisenden bei der Lösung der Mahkarten auch darauf achten, ob die gelisten und verabsolgt Karten auch mit dem Zuge und dem Reisetage, den sie selbst verlangt haben, übereinstimmen. — Die bisherigen Erfahrungen ermutigen nicht zu einer allgemeinen Einführung.

Eine Triebwagenverbindung nach dem Scharmühlfesee tritt ab 31. Juli auf der Strecke Fürstentwade-Scharmühlfesee in Kraft, so daß der Zug, der aus Berlin kommt, sofort Anschluß nach dem Scharmühlfesee erhält.

Der 6. Kreis (Halleisches Tor), veranstaltet am Sonntag, 31. Juli, im Eikhofen, in der St. Sofienstraße, 11, wie in früheren Jahren ein von den Genossen mit ihren Familien gern besuchtes Sommerfest. Die Felleitung hat alles veranlaßt, um den Genossen mit ihren Familien einen angenehmen Sonntag zu bieten. Eintrittspreis 1,50 Mark. Kinder in Begleitung Erwachsener bis 14 Jahren frei. Einlaß 2½, Anfang 9½, Uhr.

## Das Wetter für morgen.

Noch sehr warm und kühl, vielach heiter, aber veränderlich mit wiederholten Gewitterregen und mäßigen vorherrschend südlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

Heute, Donnerstag, den 28. Juli:

Januaristen, Gruppe Gröndau, Abends 7½ Uhr im Jugendheim, Altes Schulgebäude, Zusammenkunft.  
Januaristen Kempelhof-Rosenhof, Die Besprechung am heutigen Tage fällt aus.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Erhöhung des Brotpreises.

### Die Stellungnahme der Bäckergehilfen.

Die Zwangswirtschaft für Brotgetreide wird am 15. August einer anderen Regelung unterzogen, auch das Kuchenbackverbot fällt. Von diesem Zeitpunkt ab soll das Arbeitslosenproblem im Bäckergewerbe nach Ansicht der Bäckermeister völlig gelöst sein. Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen Deutschlands hatte daher am Mittwoch eine öffentliche Versammlung einberufen, in der zur Aufhebung der Zwangswirtschaft und der Arbeitslosenfrage im Bäckereibereich Stellung genommen wurde. — Außerdem wurde die Frage der Lohnerhöhung behandelt.

Der Vorsitzende der Zahlstelle Berlin des Bäckerverbandes Schumann referierte. Er schilderte die Lage im Bäckergewerbe und erklärte, daß der Fachausschuß der Versicherung der Bäckermeister, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe verschwinden werde, von vornherein skeptisch gegenüberstand habe.

Der Beschäftigungsgrad in den Bäckereien hängt ab von dem Konsum. Durch das Sinken der Reallohnne ist aber die Bevölkerung nicht so zahlungsfähig, um so viel kaufen zu können, daß für ausreichende Beschäftigung der Bäcker gesorgt ist. Es ist auch zu befürchten, daß die zahlreichen Kleinbäcker durch Einstellung von Lehrlingen und auch durch erhebliche Ueberfremdung der achtstündigen Arbeitszeit auf die Beschäftigung von Arbeitslosen verzichten werden. Bisher waren sie gezwungen, auf ein bestimmtes ihnen zugeteiltes Kontingent Recht eine bestimmte Zahl von Bäckern einzustellen. Nach Aufhebung der Kontingentierung würde dieser Zwang fortfallen. Den Vorschlag des Arbeitsministeriums auszuführen, Arbeitslose des Bäckergewerbes in anderen Berufen unterzubringen, ist bei der Lage völlig unmöglich. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß durch die Kontingentierung die Arbeitskraft nicht völlig ausgenutzt werde und daß dadurch auch eine Erhöhung der Backwarenpreise hervorgerufen werde. Das Beispiel Hamburgs aber beweist, daß nach Aufhebung der Kontingentierung die Preise infolge der Kalkulationen der Arbeitgeber gestiegen sind. Nach dem 15. August werden alle Arbeiter mehr Lohn fordern müssen und die Bäcker werden da nicht zurückweichen können. Nachstehende Entschliessung, in der die weiteren Ausführungen des Referenten zusammengefaßt sind, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die am Mittwoch, den 27. Juli im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Bäckergehilfen vor Groß-Berlin fordert den Magistrat bzw. die Ernährungsdeputation auf, an dem bis jetzt in der Kontingentierung liegenden Beschäftigungszwang für Bäckergehilfen nichts zu ändern. Würde doch durch den Wegfall des Beschäftigungszwanges die schon jetzt durch ihre Dauer sehr drückende Arbeitslosigkeit sich zur Unentgeltlichkeit steigern. Dies um so mehr, als prozentual die Arbeitslosigkeit im Bäckereibereich die größte und durch die übergroße Mehrzahl von Kleinbetrieben im Bäckergewerbe (98 Proz. aller Betriebe) noch vergrößert werden würde durch lange Alleinarbeit des Arbeitgebers oder durch Erloß durch billige Arbeitskräfte, durch Lehrlinge.

Der angeblige volkswirtschaftliche Nachteil, den die Kontingentierung in sich bergen soll, würde durch den Wegfall derselben nicht beseitigt, sondern würde durch die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit der „volkswirtschaftliche Nachteil“ nur anderwärts gebucht. Durch diese anderweitige Buchung ergäbe sich aber noch eine Verschlechterung für die Gesamtheit, als ja zu dem angeblichen materiellen Verlust noch ein moralischer hinzukäme. Andererseits muß aber die Gesellschaft gegen die Aufhebung der Kontingentierung und des darin enthaltenen Beschäftigungszwanges protestieren, als sie ja dadurch die Vergrößerung der 10 Punkte des WDR, preisgeben würde, die durch die Kontingentierung bisher für das Bäckergewerbe bestand.

Der Wegfall der Kontingentierung muß aber auch deshalb zurückgewiesen werden, als ja der von den Gegnern als volkswirtschaftlicher Nachteil bezeichnete Teil schon jetzt in Wegfall kommt. Ist doch bei der Brotpreisberechnung für den 15. August die Lohnerhöhung, die sich durch die kommende Brotpreiserhöhung und deren Fernwirkung notwendig macht, nicht mit in Ansatz gebracht worden, sondern wird sich diese nur auf der unbewirtschafteten Produktion aufbauen.

Die Versammlung weist aber aus diesen Gründen auch alle etwaige, wie schon in früherer Zeit erhobene Vorwürfe, der Brotverfeuerung zu sein, ganz energisch zurück und weist die Bevölkerung darauf hin, daß in dem neuen Brotpreis, welcher ab 15. August zu zahlen ist, kein Pfennig erhöhter Lohn, aber 6,4 Pf. für Verteuerung von Rohle und sonstigen Artikeln und rund 1,90 Mf. für die Erhöhung des Mehles enthalten sein wird.

Die Bäckergehilfen verlangen also nichts als Arbeit und dadurch Existenz, was durch die Kontingentierung mit erreicht wird, deshalb fordern sie die Beibehaltung derselben.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen. Es wurde auch insbesondere darauf hingewiesen, daß die Bäcker 25 Proz. Arbeitslose aufweisen und daß die Arbeitsnachweise bisher bei Ueberfremdung der Arbeitslosen in andere Berufe völlig versagt haben. Ferner wurde für die Kommunalisierung der Brotverfeuerung eingetreten. Dr. Herz gab als Mitglied der Ernährungsdeputation die Erklärung ab, daß sich die Kommission für die Beibehaltung der Kontingentierung einsehen wird. (Beifall.)

Zur Lohnforderung referierte ebenfalls Schumann. Er ersuchte die Versammlung um Ermächtigung bei den Verhandlungen mit den Unternehmern, eine Lohnerhöhung von 30 Proz. zu fordern.

In der Diskussion wurde die Erhöhung um 30 Proz. als Mindestforderung bezeichnet. Auch sprachen die Redner sich scharf gegen die Nacharbeit aus. Man sollte die Bäckereien kontrollieren, die schon morgens um 6 oder 7 Uhr frische Schrippen liefern.

Die Versammlung stimmte dem Beschlage, eine Lohnerhöhung von 30 Proz. zu fordern, einstimmig zu.

## Nachklänge zum Outsarbeiterstreik.

Die SPD-Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter waren am Mittwoch abend zahlreich versammelt, um einen Vortrag des Genossen Polenske über den Verlauf des Outsarbeiterstreiks zu hören.

Der Referent kam in seinen sehr sachlichen Ausführungen auf die Gründe zurück, die den Streik veranlaßt haben, und schilderte dann dessen bekannnten Verlauf. Einem Sympathiestreik habe man sich sehr gemischten Gefühlen gegenübergestellt, weil hierbei die Stilllegung sämtlicher lebenswichtiger Betriebe der Stadt in Frage gekommen wäre. Der Redner rügte insbesondere, daß eine Einigung auf die von allen beteiligten Fraktionen anerkannte zehnjährige Zulage nicht zustande gekommen sei, indem ein Teil der Magistratsmitglieder nachträglich nur für 7 1/2 Proz. gestimmt habe, die dann schließlich von den Streikenden angenommen wurden. In der folgenden regen Aussprache wies Genosse Dr. Vorkardt die gegen ihn im Verlaufe des Streiks erhobenen Angriffe als jeder Grundlage entbehrend zurück. Völlig unmaßig sei der Vorwurf, daß er sich bei einer Verhandlung gegen die Zulassung von Arbeitervertretern erklärt habe. Auch könne ihn kein Vorwurf treffen, daß er eine Sitzung verfallen habe, in der sonst eine Stimmenmehrheit für die Forderungen der Streikenden erreicht worden wäre. Er habe die bezügliche Sitzung nach mehrstündiger Verhandlung verlassen müssen, um an anderer Stelle eine unabweisbare Pflicht zu erfüllen jedoch mit dem Vorbehalt, baldigst wiederzukommen. Hiervon habe er auch den anwesenden Parteigenossen sofort Mitteilung gemacht. Ganz wider Erwarten sei aber inzwischen die Abstimmung im Ausschuss erfolgt, die Stimmengleichheit ergab. Auch wenn er nicht gefehlt hätte, würde daraus noch keineswegs zu folgern sein, daß die Sache endlich anders für die Streikenden verlaufen wäre.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der SPD-Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat mit Bedauern Kenntnis genommen von der Haltung der Genossen in den städtischen Körperschaften aus Anlaß des Streiks der Metzelerarbeiter. Sie beauftragt den Fraktionsvorstand, mit der Berliner Parteibildung dieserhalb in Verbindung zu treten.“

Alsdann kam die Lohnfrage zur Sprache. Polenske konnte berichten, daß bereits mit den zuständigen Stellen Rücksprache genommen sei, und daß man dort zu Verhandlungen bereit sein würde. Falls eine Einigung auf diesem einfachen Wege nicht erfolgen sollte, solle eine Schlichtungsinstanz entscheiden. Wünschenswert würde es sein, wenn man ohne Kündigung zu einer Erhöhung gelangen könnte.

## Tariffündigung in der chemischen Industrie.

Die Afa-Funktionäre der chemischen Industrie erörterten in einer Versammlung am Mittwoch die Frage der Tariffündigung. Jungblut vom Zentralverband der Angestellten und Günter vom Bund technischer Angestellten referierten. Sie stellten fest, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so gestaltet haben, daß die Angestellten der chemischen Industrie dringend einer Verbesserung ihrer Lage bedürfen, und daß in den nächsten Monaten dies Bedürfnis durch die Auswirkung des Diktats der Entente und durch neue Verteuerungen der Lebensmittel, insbesondere des Brotes, noch erheblich verstärkt werden wird. Die Frage sei nur die, ob die notwendig werdende Tariffündigung bereits, wie es angeregt war, zum 1. September oder erst zum 1. Oktober erfolgen solle. Alle Gründe, namentlich die inzwischen eintretende bessere Ueberfülltheit der Gestaltung der Lebensbedingungen, ließen eine Tariffündigung erst zum 1. Oktober praktischer erscheinen im Interesse einer günstigen Durchführung der Tarifberatung.

Alle Diskussionsredner mit einer Ausnahme hielten diesen Vorschlag gut. Die Versammlung beschloß dann auf Antrag eines Mitgliedes der Tarifkommission, daß im August eine allgemeine Mitgliederversammlung der Afa-Verbänden angehörenden Mitgliedes aus der chemischen Industrie über die Tariffündigung beschließen soll. Die Versammlung wird um den 20. August herum stattfinden.

## Ein Arbeiterfeind.

Ein Demobilmachungskommissar, wie ihn die Reaktion wünscht, ist der Regierungsrat Dr. Höhn in Straßburg. Vom Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, weil die Brauereidirektoren der vorpommerschen Brauereien jede Verhandlung mit der Bemerkung ablehnten, daß nunmehr die Zeit zum Lohnabbau gekommen sei. In der Schlichtungsausschussung am 3. Mai 1921, die Regierungsrat Dr. Brauns als Vorsitzender leitete, wurden die Löhne in der Straßburger Brauereibrauerei um 25 M., in Briesewald um 20 M. pro Woche erhöht. Die Arbeitgeber und auch deren Vertreter Herr Hendler, ein früherer Hauptmann, lehnten jede Lohnerhöhung ab. Nun wurde der Demobilmachungskommissar angerufen. Trotzdem in allen Städten Pommerns die Löhne 205 M. und 195 M. wöchentlich betragen, wurde unterm 15. Juli die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsausschusses von Herrn Höhn mit folgender Begründung abgelehnt: „Dem Antrage vom 26. Mai dieses Jahres auf Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsausschusses des Schlichtungsausschusses in Straßburg vom 3. Mai dieses Jahres in Sachen gegen die Straßburgische Brauereibrauerei in Straßburg, die Herfulesbrauerei und die Hendriesbrauerei in Briesewald wegen Abschlußes eines Tarifvertrages vermag ich nicht stattzugeben. Die Erledigung dieses Lohnstreiks muß einer gütlichen Einigung vorbehalten bleiben, da die notwendige Rücksichtnahme auf das allgemeine Wirtschaftsleben ein staatliches Eingreifen, wie etwa bei lebenswichtigen Betrieben, hier nicht erfordert. J. B. gegen Dr. Höhn.“ Herr Höhn ist wahrscheinlich der Ansicht, daß den Brauereien, wenn sie diesen Lohn zahlen müssen, nicht genügend Profit verbleibt. Doch aber die Arbeiterschaft mit einem Wochenlohn von 165 M. zugrunde geht, das kümmert diese Herren wenig. Uebrigens hat die Arbeiterschaft diesen deutschnationalen Dr. Höhn schon

kennen gelernt, als er in der Provinzial-Landtagsversammlung gegen den Oberpräsidenten und sämtliche republikanisch gesinnten Staatsbeamten vorging und den Wunsch aussprach, daß diese sofort aus dem Amte entfernt werden mögen. Es wird allgemein angenommen, daß H. nach dem Posten des Oberpräsidenten strebt, und damit wäre auch den Arbeitgebern zweifellos gedient.

Die Arbeiterschaft der Brauereibrauerei hat sich einen Betriebsrat gewählt, aber Herr Direktor Feig hat denselben nicht anerkannt. Die aushängende Liste war eines Tages verschwunden und Herr Feig bestimmte seine Betreuer zum Betriebsrat. Das sind Zustände, die unbedingt beseitigt werden müssen. Es wird erwartet, daß das Reichsarbeitsministerium, das in dieser Angelegenheit angerufen ist, im Interesse der Arbeiterschaft eingreifen wird.

## Tarifverträge im Bekleidungsgerber.

Im Jahre 1920 wurde nach einer Statistik des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes im Bekleidungsgerber 284 Tarife neu abgeschlossen und 821 erneuert. Es bestanden zurzeit 4 Reichs- und 551 Ortstarife, die sich auf 530 Orte erstrecken und 21167 Betriebe mit 201670 Personen erfassen. Auf dem Wege der Verhandlungen wurden für 20482 Betriebe mit 195825 Personen 519 Tarife abgeschlossen. Der Abschluß von 98 Tarifen für 676 Betriebe und 5245 Personen konnte erst mit Hilfe des Streiks erreicht werden. Die vier Reichstarife erstrecken sich auf 375 Orte und umfassen in 9590 Betrieben 77884 Beschäftigte, während die Ortstarife sich auf 530 Orte mit 11576 Betrieben und 123186 Beschäftigten erstrecken.

Bei der Wahl zum Verbandstag der Metallarbeiter wurde in Frankfurt a. M. die Liste Unionist (SPD.) mit 4614 Stimmen gewählt. Die Unabhängigen erhielten 3786, und die Kommunisten, die ebenfalls, trotzdem nur zwei Listen zugelassen wurden, eine besondere Liste aufgestellt hatten, 772 Stimmen.

Landarbeiterstreik in Sachsen. In vielen Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig sind die landwirtschaftlichen Arbeiter infolge Ablehnung an Lohn- und Deputatsforderungen in den Ausstand getreten.

Unruhen in Lodz. In Lodz ist es erneut zu großen Unruhen unter den streikenden polnischen Textilarbeitern gekommen, die Lohnerhöhung und die Einführung von Fabrikarbeitsräten fordern. Gelegentlich einer Demonstration vor dem Gebäude des Lodzger Arbeiterverbandes und dem Amtssitz des Wojwoden machte die Polizei und die berittene polnische Gendarmarie von der Waffe gegen die Volksmenge Gebrauch, wobei es eine große Anzahl tote und Verwundete gab. Die polnische Militärkommandantur gab bekannt, daß im Falle einer noch längeren Dauer des Streiks die streikenden Arbeiter rücksichtslos zum Militärdienst einberufen und an die oberste Front geschickt würden.

Betriebsräte und Funktionäre der städtischen Betriebe Freitag, den 29. Juli, abends 6 Uhr Volksversammlung im Pappenhof vormals Hofbrauerei, Fildischstr. 2/3. Tagesordnung: Stellungnahme zur Lohnforderung bzw. Tariffündigung.

Band der technischen Angestellten und Beamten. Freitag, 7 Uhr. Vertreterversammlung der Fachgruppen Hoch- Tiefbau und Architekten im Zimmer 6 der Haverlands-Gesellschaft, Neue Friedrichstr. 65.

# Wirtschaft

## Verchiebung und Preiswucher mit Hafensellen?

Hafenselle, bzw. die davon genommenen Haare, sind ein unentbehrliches Rohprodukt für die Hutindustrie. Nach einem uns zugewandten Bericht des Zentralvereins der Hutfabrikanten Deutschlands scheinen sich gewisse unlaute Methoden, die seit Kriegsbeginn in die verschiedensten Zweige des Handels eingerissen sind, auch beim Handel mit Hafensellen bemerkbar zu machen.

Der genannte Verband teilt mit, daß die Haarhutindustrie wohl reichlich mit Aufträgen versehen ist, auch noch für eine gewisse Zeit zu annehmbaren Preisen eingekauftes Hafensellen besitzt, daß indessen in letzter Zeit wieder eine wilde Spekulation in Hafensellen Platz gegriffen und die ursprünglichen Fellpreise von 10 M. pro Stück bis auf 23—25 M. pro Stück hinaufgetrieben hat. Infolgedessen haben die Hutfabrikanten in ihrer letzten Versammlung eine Sperre im Hafensellenkauf mit sofortiger Wirkung beschlossen und die Geschäftsführung beauftragt, mit allen Mitteln bei den Behörden dahin zu wirken, daß die Zurückhaltung der Hafensellen seitens einiger weniger Spekulanten oder die unbefugte Hinausschaffung von Hafensellen in das Ausland sofort inhibiert wird.

Es wird Aufgabe des Deutschen Hutarbeiterverbandes sein, diese Mitteilungen der Hutfabrikanten zu überprüfen und gegebenenfalls auch seinerseits alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine durch Spekulationswut und Gewinnsucht der Fellhändler seinen Mitgliedern drohende Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Verbandstag der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine. Der 42. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine findet in den Tagen vom 6. bis 9. August in Köln a. Rh. statt. Neben einem Empfangsabend mit musikalischen usw. Darbietungen, verschiedenen gemeinschaftlichen Mittagessen und einer Dampfesfahrt nach Königswinter werden die Herren Hausbesitzer sich auch mit der „Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen“, mit ihren Forderungen zu einer Neugestaltung der Mieterschutzgesetzgebung und anderen Fragen befassen. Die Presse ist zu dieser Veranstaltung ergebenst eingeladen. Sie kann sich die Reise nach Köln schenken. Was dort geredet werden wird, kann man sich ungefähr denken. Man hat daselbst schon zu verschiedenen Malen anderweitig gehört.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Anzeigen-Nr. 1.

**Drum prüfe, wer sich ewig bindet!**  
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

**Trauringe**

|                    |               |
|--------------------|---------------|
| 1 Trauring, Oak. 2 | von 75 M. an  |
| 1 Duk.-Trauring    | 240 M.        |
| 1 Ring, 565 gest.  | von 60—180 M. |
| 1 Ring, 333 gest.  | von 25—100 M. |

Garantiescheine l. gesetzl. Goldinhalt.  
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch  
infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen!  
**Brillanten zum Auslandskurs.**

**H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30.** Telefon: Norden 1030

Zähne 8 an 3.—, Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtester Gebisse. Rep. 10f. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsdamer Str. 55, Hochb. Sorech 97.

**Stinnes Neu!** und seine 60000 Arbeiter

**Von Kurt Heinig**

Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Begehrungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.

Preis 2,50 Mark

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

**Möbe**  
zu niedrigsten Preisen  
direkt an Stelle  
Kleinfabrikanten

Schlaf. 1688—10785 M.  
Speiseg. 1710—19670 M.  
Gartenst. 1733—17845 M.  
Wohnz. 675—5890 M.  
Küchen 445—2885 M.  
Lieferung inkl. Montage  
vollst. 10tägige Garantie.

**Möbel-Haus Relewske**  
Berlin, Bahle. 66

**Die Graphologie**  
von J. Sefer. Preis 7,50 M.  
Vorteilhaft. Ausführende Anleitungen zur Beurteilung der Handdrücke, um aus derselben Charakter, seelische Zustände, Temperament, Fähigkeiten usw. zu erkennen. Mit 12 Schriftproben und Erläuterungen. Jeder Band 6 Bände. Kräftig auf 100 M. u. unter. Inhaltlich eine genaue Beschreibung jeder Handdrücke 1,50 M. — Dr. Sefer hat große Erfolge erzielt.  
A. Brodthorn, Verlag Leipzig 47.

**Metall-Bettstellen**  
Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel  
**Fürst, Neukölln**  
Hermannstraße 38  
Ecke Malower Str.  
Fabrik f. Ruhebetten, Aufgussmatratzen u. Feldbettstellen.

**Möbel**  
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei  
**Neugebauer**  
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, 1, E. Schillerstr., Kein Laden

**Kaufe ständig zu höchsten Preisen**

Druck  
Ketten  
Ringe  
Uhren

**Gold-Platin-Silber-Münzen**

**Neuhaus, Roßstr. 8** Nähe Spittelmarkt  
Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

**Kapitän-Kautabak**

einmal geprobt — immer gelobt. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarettengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Röcher, Lichterberger Str. 22. (Kst. 361.)

**Gardinen Spezial-Verkauf**

in Stores, Künstlern, Madras u. Mullgardinen, Bettdecken, Mull- u. Gardinenstoffe. Besonders günstige Gelegenheitskäufe.

**Franz Funck, Neukölln, Böhmsche Str. 10** Gartenk. part. r.